

Die Kreismitgliederversammlung möge folgenden Antrag beschließen:

Jedem Ende wohnt ein Anfang inne!

Konsequenzen aus der Landtagswahl 2016

Die rheinland-pfälzischen Grünen haben bei der Landtagswahl absolut etwa 175.000 Stimmen und damit über zehn Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Landtagswahl verloren. Diese Niederlage hat eine Vielzahl von Ursachen. Etwa die Hälfte der Stimmen ging an die SPD, die andere haben wir praktisch über das ganze politische Spektrum abgegeben. Der Dreyer-Effekt kann dieses Abschneiden also allenfalls zur Hälfte erklären. Dies gilt auch für den Fukushima-Effekt, der ebenfalls nur einen gewissen Teil der Verluste erklären kann.

Die Differenz zwischen diesen absehbaren und kaum vermeidbaren Verlusten und dem eingetretenen Erdrutsch hat andere, von der Partei selbst zu vertretende Ursachen.

Das Landtagswahlprogramm war geprägt von der Benennung grüner Erfolge unter der rot-grünen Landesregierung. In der Kommunikation fehlten konkrete inhaltliche Forderungen und Projekte, die wir im Ausblick auf eine weitere Regierungsbeteiligung umsetzen wollten. Auch in der Kampagne haben wir in erster Linie damit geworben, dass es für Rheinland-Pfalz das Beste sei, wenn Rot-Grün weiterregiert, statt uns gegen alle konkurrierenden Parteien gleichermaßen abzugrenzen. Zu kurz kam das, was wir ganz konkret in ein Regierungsbündnis einzubringen gedachten. Die Botschaft war: Vertraut uns und unseren Leuten, uns werden schon genügend Dinge einfallen, die wir dann umsetzen können. Mit dieser Beliebigkeit sind die Grünen in Rheinland-Pfalz jedoch vollständig gescheitert.

Bereits bei der Listenaufstellung hat sich gezeigt, dass die Partei tief gespalten in den Wahlkampf ziehen würde. Trotz einer unter dem Strich erfolgreichen Regierungsbilanz gab es aus Fraktion und Partei deutliche Kritik am Führungsstil der Spitzenleute. Nicht nur, aber auch am Beispiel des Umgangs mit der Flüchtlingspolitik ist die Berechtigung dieser Kritik in den vergangenen Monaten deutlich geworden. Es war lange absehbar, dass das Thema Flüchtlingspolitik eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielen würde. Der Versuch, die Partei nach der Listenaufstellung zumindest bei diesem Thema wieder zu einen, schien zunächst erfolgreich. Fast einstimmig sprach sich der Kleine Parteitag gegen eine Zustimmung zu sicheren Herkunftsstaaten im Bundesrat aus. Dieses Votum wurde von der Parteispitze übergangen und ins Gegenteil verkehrt. Dennoch ist es anlässlich der Programm-LDV gelungen, die Partei erneut und mit ebenso überwältigender Mehrheit hinter dem Antrag "Die Würde des Menschen ist kein Konjunktiv" zu versammeln. Viele Mitglieder hat dies zwar nicht mit der falschen Entscheidung im Bundesrat, wohl aber mit ihrer Partei wieder versöhnt. Anstatt nun aber diese Chance zu ergreifen, haben Eveline Lemke und Daniel Köbler mit ihrem Papier zur Flüchtlingspolitik genau das Gegenteil getan. Sie haben sich über den Beschluss hinweggesetzt, unabgesprochen ein Papier mit gegenteiligem Inhalt pressemäßig veröffentlicht und sogar behauptet, dieses Papier entspräche der Beschlusslage der Partei, was evident nicht der Wahrheit entspricht. Dass wir bei dieser fehlenden Klarheit, Herumgeschwurbele, offensichtlichen Unwahrheiten und mangelnder Transparenz viele Wählerinnen und Wähler geradezu vertrieben haben, liegt auf der Hand. Weitere schwere Fehler sind uns im Umgang mit anderen Themen unterlaufen.

Es mangelte in den vergangenen Jahren an innerparteilicher Transparenz. Entscheidungsprozesse wurden zu wenig offen gelegt und erklärt. Kritik und wichtiger noch, Forderungen nach einer eindeutigen Abgrenzung vom Koalitionspartner und stärkerer Eigenprofilierung wurden abgewehrt. Unklar blieb bis zum Ende, welchen konkreten und greifbaren Unterschied die Stimme für Grün machen würde.

Jetzt ist es an der Zeit, aus diesen Fehlern die richtigen Schlüsse zu ziehen und gleichzeitig, der Verantwortung, die uns die Wählerinnen und Wähler übertragen haben, gerecht zu werden. Das Erstarken der AfD ist eine deutliche Warnung an alle demokratischen Parteien, endlich die richtigen Antworten auf die Probleme derjenigen zu geben, die der Demokratie den Rücken kehren. Nicht Abschottung, Angst, Hetze und Hass sind die Alternative, sondern eine Politik, welche drängende Fragen nach bezahlbarem Wohnraum, einer guten schulischen Ausbildung unabhängig von Herkunft und Wohnort und nicht zuletzt einer realistischen Chance, am Wohlstand unseres Landes teilzuhaben beantwortet. Zugleich muss aber auch die Demokratie unter Beweis stellen, dass sie einerseits handlungsfähig bleibt, andererseits aber auch den Widerstreit unterschiedlicher Ideen und Konzepte widerspiegelt. Deshalb wäre eine große Koalition mit der AfD als Oppositionsführerin ein weiteres, verheerendes Signal.

Im Hinblick auf unsere staatspolitische Verantwortung begrüßen wir es, dass Grüne, SPD und FDP in ernsthafte Gespräche über die mögliche Bildung einer gemeinsamen Regierung treten wollen. Ein solches Bündnis entspricht sicher nicht unseren Wunschvorstellungen, aber es ist notwendig, eine stabile und handlungsfähige Regierung jenseits einer großen Koalition zu bilden. Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen.

Zentrale Voraussetzung dafür ist aber, dass es dem grünen Landesverband gelingt, die entstandenen Verwerfungen zu kitten und das Vertrauen der Partei in ihre Führung wieder herzustellen. Dazu gehört, dass endlich ehrlich offen gelegt wird, wer welche Rolle bei der Erarbeitung und Veröffentlichung des Papiers zur Flüchtlingspolitik gespielt hat und wie es sein kann, dass dieses Papier als Beschlusslage der Partei verkauft wird. Genauso wichtig ist es aber auch, die richtigen inhaltlichen Schlüsse zu ziehen, um unsere Eigenständigkeit und unser grünes Profil zu schärfen und zu erhalten. Wir dürfen uns nicht noch einmal als Teil einer Regierung verlieren. Dies bedeutet konkret:

1. Die Partei muss wieder eigenständige und vom Regierungshandeln unabhängige Positionen, Forderungen und Projekte entwickeln. Gerade in einer möglichen Ampel werden eigene Erfolge schwieriger zu erringen und Zugeständnisse an andere schmerzhafter sein als unter Rot-Grün. Umso wichtiger ist es auch, Kompromisse als solche zu benennen, sie zu erläutern und zu begründen.
2. Innerparteiliche Partizipation und Transparenz müssen vollständig wiederhergestellt werden. An dem nun zu beginnenden Programm- und Profilierungsprozess der Partei muss die Basis über entsprechende, auch neu zu schaffende Gremien weitreichend beteiligt werden. [Der Mitgliederversammlung der Trierer Grünen am 17.03. liegt ggf. ein entsprechender Antrag vor]
3. Das verloren gegangene Vertrauen der Partei in die Führungsspitze muss wieder hergestellt werden. Die Frage, wer welche Verantwortung in einer möglichen Regierung, der nun zu konstituierenden Fraktion und im Landesvorstand übernehmen wird, ist deshalb zentraler Bestandteil des Weges zu einer möglichen Ampelkoalition. Dazu gehört auch, dass die Mitglieder der Verhandlungskommission am kommenden Samstag vom Kleinen Parteitag bestimmt und mit einem eindeutigen Gesprächs- und Verhandlungsmandat ausgerüstet werden.
4. Für die Koalitionsgespräche ist es wichtig, aus den Fehlern zu lernen: Wer für die kommenden Wahlen ein klares Profil von den Grünen erwartet, muss bereits jetzt dafür die Weichen stellen. Das bedeutet, sich in den Verhandlungen für Grüne Kernthemen wie Umweltschutz, die Weiterführung der Energiewende, nachhaltiges Wirtschaften, umweltgerechte Mobilität, soziale Gerechtigkeit wie auch Wohlstand in unserer Gesellschaft einzusetzen. Grüne Erfolge der letzten Legislaturperiode wie die Etablierung des Nationalparks Hunsrück dürfen keinesfalls in Frage gestellt werden.